



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

eines unserer Kernthemen im Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche war die Situation von Mieterinnen und Mietern. Wir von der SPD setzen uns für soziale Mietpreise ein, denn der ganz normale Bürger muss ein Recht haben, angemessen wohnen zu können, ohne sich zu verschulden oder in die Armut zu stürzen. Dazu haben wir ein umfangreiches Maßnahmenbündel vorgelegt und im Gegensatz zu Bundesbauminister Ramsauer konkrete Vorschläge unterbreitet, die Mietpreisexplosion wirksam zu bekämpfen.

Darüber hinaus stand diese Woche ganz im Zeichen der Gleichstellung – eines der aktuell wichtigsten Anliegen unserer SPD-Fraktion. Es geht um die Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch um die Gleichstellung Hetero- und Homosexueller. In einer Aktuellen Stunde hat Thomas Oppermann deutlich gemacht, wie nah sich die Union in Sachen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften an die Grenze zur Verfassungswidrigkeit heran bewegt. Dabei ist die Tendenz eindeutig: 75 Prozent der Menschen sind für eine völlige Gleichstellung. Wann werden die konservativen Hardliner der Unionsparteien dieser Realität endlich gerecht werden?

Entsprechend haben wir in dieser Woche eine große Veranstaltung zum Internationalen Frauentag durchgeführt. Peer Steinbrück diskutierte mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern und Politikern über Möglichkeiten, auf allen Ebenen für eine Gleichstellung von Frauen und Männern zu sorgen. Auch zum Thema Sexismus hatten wir von der SPD-Fraktion geladen, um Konsequenzen aus der Debatte abzuleiten.

Weitere relevante Themen vergangener Sitzungswoche waren die Verbesserung des Verbraucherschutzes, das Thema Wasserprivatisierung, die Voranbringung der Energiewende bei gleichzeitiger Dämpfung der Strompreise, die Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen sowie die deutsche Unterstützung für den afrikanischen Staat Mali.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Nicht zuletzt gebühren unserem „phantastischen“ SPD-Bundestagsabgeordneten und geschätzten Kollegen Jakob Mierscheid unsere herzlichen Glückwünsche zum 80. Geburtstag!

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [Topthema: Deutschland braucht bezahlbare Mieten](#)
- 05 [Aktuelle Stunde: „Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag!“](#)
- 06 [Familie und Soziales: Gleichstellung gelingt nur per Gesetz](#)
- 07 [Verbraucherschutz: Aigner täuscht Verbraucherinformation nur vor](#)
- 08 [Wasser und Gesundheitsdienste nicht privatisieren](#)
- 09 [Umwelt: Energiewende voranbringen – Strompreise dämpfen](#)
- 10 [Gesundheit: Korruption im Gesundheitswesen bestrafen](#)
- 11 [Außenpolitik / Menschenrechte: Mali braucht deutsche Unterstützung](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

TOP-THEMA

Deutschland braucht bezahlbare Mieten

Bereits zur Klausursitzung unserer SPD-Bundestagsfraktion hatten Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, ein gemeinsames Papier für bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt vorgelegt. Auf dieser Grundlage konkretisierte die Fraktion ihre Forderungen und brachte dazu zwei Anträge in den Bundestag ein. In der Debatte am Donnerstagmorgen kritisierte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Wohnungspolitik von Bundesbauminister Ramsauer (CSU) scharf. Steinmeier bezeichnete Ramsauers Kehrtwende in der Wohnungspolitik als „dreistestes Stück“, das in den letzten Tagen aufgeführt worden sei und das „Kabarett vom Nockherberg in den Schatten“ stellen würde. Jahrelang habe der Bundesbauminister die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt ignoriert. Anstatt die steigenden Mieten zu bekämpfen, habe er sie verschlafen und ein mieterfeindliches Mietrecht zu verantworten. Außerdem habe Schwarz-Gelb das Programm „Soziale Stadt“ geschliffen und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der Haushalte, die 40 Prozent und mehr für ihre Miete bezahlen, verdoppelt. Vor allem in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum knapp. In den fünf teuersten Städten liegen die durchschnittlichen Mieten für freien Wohnraum pro Quadratmeter aktuell bei 9 bis 12 Euro. Viele können sich die steigenden Mieten in den Innenstädten nicht mehr leisten. Sie werden an den Stadtrand gedrängt. Auch Studierende in Universitätsstädten finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft. Energetische und altersgerechte Sanierungen stocken.

Unser SPD-Fraktionschef forderte ein Mietrecht, das seiner sozialen Funktion wieder gerecht werde und Mietsteigerungen begrenze. In unserem Antrag „Bezahlbare Mieten in Deutschland“ (Drucksache 17/12486) fordern wir von der SPD-Fraktion, dass Mieten nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die vorherige Miete um höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die mieterfeindlichen Änderungen im Mietrecht von Schwarz-Gelb

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

sollen rückgängig gemacht werden. So soll der Vermieter dem Mieter nicht mehr kündigen dürfen, wenn dieser die Mietkaution nicht bezahlt hat. Auch das Mietminderungsrecht soll wieder in der alten Form gelten. Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollen anstatt zu elf nur noch zu neun Prozent auf die Miete umgelegt werden. Des Weiteren wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Maklerkosten nach dem Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ vom Vermieter getragen werden bzw. vom Auftraggeber.

Frank-Walter Steinmeier sagte, es dürften nicht nur Luxuswohnungen gebaut werden: „Wir brauchen gute und bezahlbare Wohnungen für ganz normale Leute“. Er forderte ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“, an dem sich Bund, Länder, Gemeinden, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligen sollen. Ziel der SPD-Fraktion sei ein Maßnahmenbündel für Wohnungsbau, energetische Sanierung, den Familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen – eingebettet in eine Politik der sozialen Stadt.

In unserem Antrag „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ (Drucksachen 17/12485) setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns u.a. dafür ein, die Städtebauförderung mindestens mit 700 Millionen Euro zu finanzieren. Das Programm „Soziale Stadt“ soll als Leitprogramm mit 150 Millionen ausgestattet werden. Mit einem Entschuldungs- und Investitionspakt soll für die Kommunen ein verlässlicher Finanzrahmen geschaffen werden. Ein „Eigenanteilsfonds“ soll Kommunen in Haushaltsnotlage ermöglichen, Bund-Länder-Förderung wahrzunehmen. Die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung sollen bis 2019 mit 518 Millionen Euro jährlich fortgeführt werden. Die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens sind mit mindestens 2 Milliarden Euro zu verstetigen, um Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle Akteure wieder herzustellen. Die energetische Stadtsanierung soll mit weiteren 100 Millionen Euro in die Städtebauförderung integriert werden. Den Heizkostenzuschuss wollen wir von der SPD-Fraktion wieder einführen.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

AKTUELLE STUNDE

„Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag!“

Seit Jahren kämpfen wir von der SPD-Fraktion für die vollständige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Die Union dagegen tut sich schwer damit, für sie ist das Teufelszeug. Dabei geht es doch um Gerechtigkeit. In der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag stellte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer unserer SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, darum auch klar: „Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag!“ Er verwies darauf, dass nicht nur das Bundesverfassungsgericht wieder und wieder die Rechte Homosexueller gestärkt habe, sondern 75 Prozent der Bevölkerung überhaupt kein Problem damit haben, wenn Ehe und Lebenspartnerschaft gleichgestellt würden.

Noch im Dezember 2012 hatte sich Bundeskanzlerin Merkel feiern lassen für den Parteitagsbeschluss der CDU, Partnerschaften auch künftig nicht gleichzustellen. Jetzt, ausgelöst durch ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts zum Adoptionsrecht, steht die Union vor einem ideologischen Kursschwenk. Thomas Oppermann analysiert: „Sie haben keine wertegebundene Haltung; Sie wollen die Ehe angeblich schützen, diskriminieren aber gleichzeitig Lebenspartnerschaften.“ Mit Blick auf Horst Seehofer, der durch seltsame Aussagen zum Bundesverfassungsgericht irritierte, konstatierte Oppermann: „Dieser Mann hat nicht nur ein gestörtes Verhältnis zur Verfassung, ihm fehlt auch der Respekt vor dem Verfassungsgericht.“

Mit offenen Worten erzählte Johannes Kahrs, Beauftragter für die Belange von Homosexuellen, von seinem Leben. „Seit 20 Jahren lebe ich mit meinem Freund zusammen, ich habe mich immer gefragt, wie fühlt sich Gleichberechtigung an?“ In all den Jahren habe er die CDU immer nur als Bremserin erlebt. Kahrs stellte noch einmal klar, dass Homosexualität keine Entscheidung des Geistes sei, sondern natürlich bedingt. „Man entscheidet sich doch nicht, ob man schwul wird, man ist es einfach.“ Noch nie zuvor habe er Angela Merkel so gehört, wie in diesem Fall, als sie sich in steuerlichen Fragen eindeutig gegen die Gleichberechtigung stellte. Es wundere ihn nicht, dass die CDU dann einen Beschluss fasse, keine Gleichstellung zu akzeptieren.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Gleichstellung gelingt nur per Gesetz

Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011 beinhaltet Vorschläge für eine konsistente Gleichstellungspolitik, die sich am Lebenslauf der Geschlechter orientiert. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Oktober 2012 waren sich die Sachverständigen einig, dass der Bundesregierung ein Leitbild in der Gleichstellungspolitik fehlt. Mehr noch, ihre Maßnahmen sind teilweise widersprüchlich: Das Betreuungsgeld hält an bisherigen Rollenbildern fest, Elterngeld und Kita-Ausbau fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Klar ist, das Modell vom männlichen Familienernährer passt nicht ins 21. Jahrhundert. Wir von der SPD-Fraktion wollen bessere Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt. Die Arbeitsgruppe Gleichstellung der SPD-Fraktion hat in den vergangenen zwei Jahren einen Aktionsplan für mehr Gleichstellung erarbeitet. Einen Großteil der darin enthaltenen Forderungen brachte sie als Antrag (Drucksache 17/12487) in den Bundestag ein. Die Erfahrungen zeigen: In der Gleichstellungspolitik geht es nur mit gesetzlichen Regelungen voran. Die SPD-Bundestagsfraktion will endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit gesetzlich durchsetzen. Als ersten Schritt sollen Betriebe ab 16 Beschäftigten ihre Gehaltsstrukturen offenlegen. Durch Transparenz kann Lohndiskriminierung von Frauen erkannt und beseitigt werden. Dabei soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine zentrale Funktion einnehmen.

Frauen sind häufiger als Männer im Niedriglohnsektor beschäftigt und müssen mit der Grundsicherung ihr Einkommen aufstocken. Deshalb hilft ihnen ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, ihre Existenz zu sichern. Immer mehr Frauen arbeiten in Minijobs, deren Ausweitung will die SPD-Fraktion begrenzen und geringfügige Beschäftigung besser absichern. Armut muss im Erwerbsleben bekämpft werden, um Altersarmut zu verhindern. Alleinerziehende wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders unterstützen.

Eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen in börsennotierten Unternehmen will die SPD-Fraktion gesetzlich festschreiben. Durch eine

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Weiterentwicklung gesetzlicher Regelungen sollen mehr weibliche Führungskräfte in Behörden erreicht werden. Auch in der Wissenschaft soll eine Frauenquote eingeführt werden.

Das Ehegattensplitting, das die Alleinverdiener Ehe zementiert oder Frauen allenfalls die Rolle als Zuverdienerin zuweist, soll durch ein geschlechtergerechtes Steuersystem abgelöst werden. Dabei sind die Unterhaltsverpflichtungen der Ehegatten zu berücksichtigen. Für Bestandesehen soll das Ehegattensplitting weiter gelten. Es soll per Stichtagsregelung bei neu zu schließenden Ehen durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Aigner täuscht Verbraucherinformation nur vor

Pferdefleisch- und Hühnereiskandal zeigen: Die Bundesregierung schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vor Lebensmittelskandalen. Stattdessen zeigt die Bundesregierung auch bei diesem Skandal ein bekanntes Muster: Die zuständige Verbraucherministerin legt einen „Nationalen Aktionsplan“ vor, der jedoch entweder Prüfaufträge enthält oder plötzlich Maßnahmen fordert, die die Bundesregierung noch vor kurzem abgelehnt hat.

Anstatt die Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches zu nutzen, tut Aigner nur so, als ob die Behörden Verbraucherinnen und Verbraucher künftig über Lebensmitteltäuschungen informieren und Produkte und Hersteller nennen. Aber die entscheidenden Hürden im Gesetz hat sie nicht beseitigt. Die Vollzugsbehörden in den Ländern werden durch die Formulierungen im Gesetz wie „nicht nur unerheblich“, „soll“ und „Abwägung“ verunsichert. Aigner ist wieder vor der Lebensmittellobby eingeknickt und verhindert so einen transparenten Umgang mit Lebensmittelskandalen. Sie versucht lediglich, die Öffentlichkeit zu beruhigen.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Wir von der SPD-Bundestagsfraktion haben zur 2./3. Lesung der Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches einen Entschließungsantrag (Drucksache 17/12558) eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung u. a. auf, endlich ein Gesamtkonzept für Verbraucherinformation mit dem Ziel, alle Erkenntnisse der Behörden offenzulegen, zu erarbeiten. Außerdem schlägt sie kurzfristige Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches vor, damit Hersteller- und Produktnamen von Fertiggerichten mit Pferdefleischanteilen und falsch deklarierten Hühnereiern genannt werden können. Auf EU-Ebene soll die Bundesregierung Vorschläge für ein Rückverfolgungssystem vorlegen, das alle Handelsstufen umfasst. Gleiches fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Milchprodukten auch in verarbeiteten Lebensmitteln. Lebensmitteltäuschungen sollen schärfer sanktioniert und die Unrechtsgewinne abgeschöpft werden. Beschäftigte, die Hinweise auf Lebensmittelskandale geben, gilt es rechtlich zu schützen.

WIRTSCHAFT

Wasser und Gesundheitsdienste nicht privatisieren

Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss Ziel der Politik bleiben. Die SPD-Fraktion macht deshalb erneut ihre Bedenken gegen einen Richtlinienentwurf der EU-Kommission deutlich. In einer Stellungnahme an die Bundesregierung fordert die SPD-Bundestagsfraktion, öffentliche Träger der Wasserversorgung – wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände – aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe herauszunehmen. Es bringt keinen Nutzen, gute und bezahlbare öffentliche Wasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen. Vielmehr befürchten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass das Gewinnstreben durch zunehmende Privatisierungen in der Wasserversorgung zulasten der Qualität geht.

Auch wenn der aktuelle Richtlinienentwurf keine Privatisierungen verpflichtend vorschreibt, erhöht sich der Druck zu Privatisierungen massiv. Gerade in der Wasserversorgung wird hier

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht. Mit dem Richtlinienentwurf will die EU-Kommission eine formalisierte Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen einführen. Mit einer Dienstleistungskonzession wird eine kommunale Aufgabe von der Kommune auf einen Dritten übertragen, zum Beispiel auf ein Versorgungsunternehmen. Solche Dienstleistungskonzessionen sind von den europäischen Vergaberichtlinien bislang nicht erfasst. Mit dem Richtlinienvorschlag soll nun ein eigenes Vergaberecht für Konzessionen eingeführt werden. Das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht wie die Strom- und Gasversorgung, ausdrücklich liberalisiert worden sind. In ihrer Stellungnahme an die Bundesregierung vertritt die SPD-Fraktion den Standpunkt, „dass es keiner europäischen Rechtsetzung zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen bedarf und diese abzulehnen ist.“ Mindestens aber wollen die Sozialdemokraten für die Wasserversorgung sowie für die Gesundheitsdienste und Krankenhäuser Ausnahmen erreichen.

UMWELT

Energiewende voranbringen – Strompreise dämpfen

Die SPD-Fraktion will mit einer Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten. Die Antwort der Bundesregierung auf unsere entsprechende Große Anfrage zu den Kosten der Energiewende für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Koalition aus Union und FDP weder den Willen noch die Fähigkeit hat, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Die Antworten belegen auf nahezu jedem Feld, dass ihr jegliche Grundlage an Daten und Fakten fehlt, um eine tragfähige Strategie für eine Energiewende zu entwickeln.

Deshalb haben wir von der SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag zur Beratung der Großen Anfrage in den Bundestag (Drucksache 17/12538) eingebracht. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, zur kurzfristigen Dämpfung der Kosten der Energiewende eine Verständigung mit den Ländern und der politischen Opposition auf Bundesebene herbeizuführen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Die Bundesregierung soll ein Modell entwickeln, das, im Zuge der steigenden Selbstversorgung mit Strom, eine zuverlässige Finanzierung der Netzinfrastruktur ermöglicht. Für die Erarbeitung eines neuen Strommarktdesigns ist zunächst eine belastbare Datenbasis der Energiekosten herzustellen. Schließlich sind innerhalb der Bundesregierung neue Strukturen aufzubauen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordinierung und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

GESUNDHEIT

Korruption im Gesundheitswesen bestrafen

Seit Juni 2012 liegt der begründete Beschluss des Großen Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 29.3.2012 zur Frage der Strafbarkeit von niedergelassenen Vertragsärzten wegen Bestechlichkeit und Vorteilsannahme vor.

Der Große Strafsenat hatte festgestellt, dass niedergelassene Vertragsärzte nach der gegenwärtigen Gesetzeslage strafrechtlich nicht verfolgt werden können. Im zugrundeliegenden Fall hatte eine Pharma-Referentin Ärzten eine Beteiligung in Höhe von fünf Prozent des Medikamentenpreises zugesagt, wenn sie sich bereit erklärten, ihren Patienten künftig bevorzugt Präparate eines bestimmten Pharmaunternehmens zu verschreiben. Die Zahlungen wurden als Honorar für fiktive wissenschaftliche Vorträge ausgewiesen.

Mit dem Beschluss des Großen Strafsenats besteht nun Rechtsklarheit darüber, dass korruptes Verhalten von niedergelassenen Vertragsärzten nach dem geltenden Strafrecht nicht strafbar ist und deshalb auch die Vertreter der Pharmaunternehmen bei Bestechungsvereinbarungen straffrei ausgehen. Das sieht bei ihren Kolleginnen und Kollegen, die in Krankenhäusern, Polikliniken oder großen Arztpraxen angestellt sind, ganz anders aus. Durch dieses Urteil ist zu befürchten, dass der Korruption von Ärztinnen und

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

Ärzten durch die Pharmakonzerne erst recht Tür und Tor geöffnet wird. Es besteht eine Regelungslücke, die geschlossen werden muss. In seinem Beschluss hat der Bundesgerichtshof dazu eine deutliche Aufforderung an den Gesetzgeber formuliert. Doch die schwarz-gelbe Regierung unternimmt nichts.

Korruption im Gesundheitswesen schadet Patientinnen und Patienten, allen ehrlichen Ärztinnen und Ärzten sowie dem Gesundheitssystem insgesamt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drucksache 17/12213) auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Korruption im Gesundheitswesen unter Strafe stellt.

AUSSENPOLITIK/MENSCHENRECHTE

Mali braucht deutsche Unterstützung

Seit Jahrhunderten ist die Stadt Timbuktu im Norden Malis das kulturelle Zentrum des Nomadenstamms der Touareg. Im Frühjahr 2012 brachten islamistische Gruppen nördliche Teile Malis unter ihre Kontrolle und nahmen im Juni 2012 Timbuktu ein. Sie zerstörten fast die Hälfte der Mausoleen der Stadt und verbrannten öffentlich Bücher der Bibliotheken von Timbuktu. Menschenrechtsverletzungen, Geiselnahmen und Tötungen der islamistischen Terroristen zwangen bis zu 400.000 Malier zur Flucht. Daraufhin hat der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 mit der Resolution 2085 eine Internationale Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wieder herzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wurden aufgefordert, AFISMA zu unterstützen.

Die EU hat auf dieser Grundlage am 18. Februar auf Bitten der malischen Regierung und in Verbindung mit den VN-Sicherheitsratsresolutionen 2071 und 2085 einen entsprechenden Beschluss zur Entsendung von ca. 450 Ausbildern und Kräften, die für Sicherheit, Verwaltung und medizinische Versorgung zuständig sind, gefasst (EUTM). Zahlreiche europäische Länder werden sich daran beteiligen. Die SPD-Fraktion hat am Donnerstag

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IV/2013 – 04.03.2013)

dieser Woche der Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali zugestimmt: Das Mandat „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA)“ umfasst die Unterstützung französischer Streitkräfte durch Lufttransport und Luftbetankung bei ihren Unterstützungsoperationen für AFISMA. Die Mandatsobergrenze beträgt 150 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten. Es ist auf zwölf Monate begrenzt.

Das Mandat „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission European Training Mission Mali (EUTM MLI)“ umfasst die Entsendung von ca. 40 Pionierausbilderinnen und -ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften. Die Mandatsobergrenze beträgt 180 Soldatinnen und -soldaten. Es soll im April beginnen und ist ebenfalls auf zwölf Monate begrenzt. Ziel der Mission ist, die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee zu verbessern und die malische Regierung bei der Stabilisierung des Landes zu unterstützen.

Mali braucht diese deutsche Unterstützung. Zugleich fordern wir Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für eine politische Lösung des Konflikts einzusetzen. Humanitäre Hilfe und die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls von besonderer Dringlichkeit, um eine Hungerkatastrophe in naher Zukunft zu verhindern.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de